



Eine triste Vision für Berlin

Nicht nur bei den anstehenden Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern verfolgt die AfD ambitionierte Ziele, sondern auch in Berlin. Wenngleich eine extrem rechte Regierungsbeteiligung in der Stadt unwahrscheinlich ist, so scheint es doch möglich, dass die Partei bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus im September stärkste Fraktion wird. Was verspricht das Programm den Wähler*innen?

Von Kilian Behrens

Dass knapper Wohnraum und steigende Mieten zu den zentralen Problemen der Berliner*innen zählen, möchte sich auch die AfD zunutze machen. Die hohe Bedeutung des Themas zeigt sich bereits daran, dass das Kapitel »Bauen und Wohnen« im Wahlprogramm¹ an erster Stelle steht, noch vor den Kernthemen Innere Sicherheit und Asyl. Dabei dürften die Forderungen aller Wahrscheinlichkeit nach gegen geltendes Recht verstoßen. So will die Partei bei der Vergabe von Wohnungen durch kommunale Wohnungsbauunternehmen »Vorrang für Einheimische«. Realisiert werden soll ein Punktesystem, das neben üblicherweise bereits berücksichtigten Kriterien wie etwa Einkommenshöhe oder Anzahl von Kindern auch die Wohnsitzdauer oder die Tätigkeit in systemrelevanten Bereichen berücksichtigt. Eine entsprechende Privilegierung bestimmter Berufsgruppen dürfte je-

doch gegen Grundrechte verstoßen und nicht umsetzbar sein. Auch eine Analyse der Online-Plattform Table.Briefings in Kooperation mit Verfassungsrechtler*innen verweist darauf, dass eine Ungleichbehandlung nach Herkunft wahrscheinlich sowohl gegen das Grundgesetz als auch gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verstoßen würde. Berliner sind laut AfD zwar nicht nur hier Geborene, sondern auch Personen, die seit »vielen Jahren« in der Stadt leben. Doch wohl nicht ganz zufällig heißen die fiktiven Beispiele in einem Video der AfD-Fraktion Lucas (Beruf: Feuerwehrmann) und Lina (Beruf: scheinbar unwichtig). Beide sind, wie sollte es anders sein: weiß. Seit Langem finden die beiden keine Wohnung, was wiederum die Familiengründung erschwert. Probleme, die es mit Sicherheit gibt, das ist klar. AfD-typisch werden als Problem aber Geflüchtete bzw. Migrant*innen, Ob-

dachlose und Bezieher*innen von Transferleistungen ausgemacht, diese würden bei der Wohnungsvergabe systematisch bevorteilt.

Wahr ist: Asylsuchende sollen verstärkt in Wohnungen untergebracht werden. So will der Senat die zum Teil menschenunwürdigen Zustände in großen Aufnahmezentren beenden. 1183 Mietverträge konnten laut Senat zudem im Jahr 2025 für obdachlose Menschen abgeschlossen werden. Einen Großteil der Wohnungen stellen die landeseigenen Wohnungsunternehmen, aber auch private Vermieter*innen beteiligen sich am sogenannten Housing-First-Konzept. Das Konzept gilt als sehr erfolgreich bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Die Anzahl an Wohnungen, die in Berlin an Obdachlose vergeben werden, dürfte kaum ins Gewicht fallen.

Berliner*innen mit einem gemeinsamen Anliegen (mehr

das Versprechen einer besseren Ausstattung bei Mitarbeitenden von Polizei und Justiz beliebt zu machen. Entsprechende Punkte fordern aber regelmäßig auch andere Parteien. Parteiintern umstritten war die nun verabschiedete Forderung nach einer neuen Bezirkspolizei. Diese soll bei den Ordnungsämtern angesiedelt werden und sich um nicht erhebliche Straftaten wie Sachbeschädigungen kümmern. Gegenüber der Berliner Morgenpost gab ein Beamter diesbezüglich an: »Die Ordnungsämter kommen schon jetzt ihren Aufgaben nicht nach. Wenn man jetzt eine weitere Struktur aufbaut, werden wir noch weniger geeignete Nachwuchskräfte für die Polizei finden.«

Weniger erwartbar: Die AfD entdeckt den Datenschutz für sich und fordert eine Abkehr von der breit diskutierten Chatkontrolle.

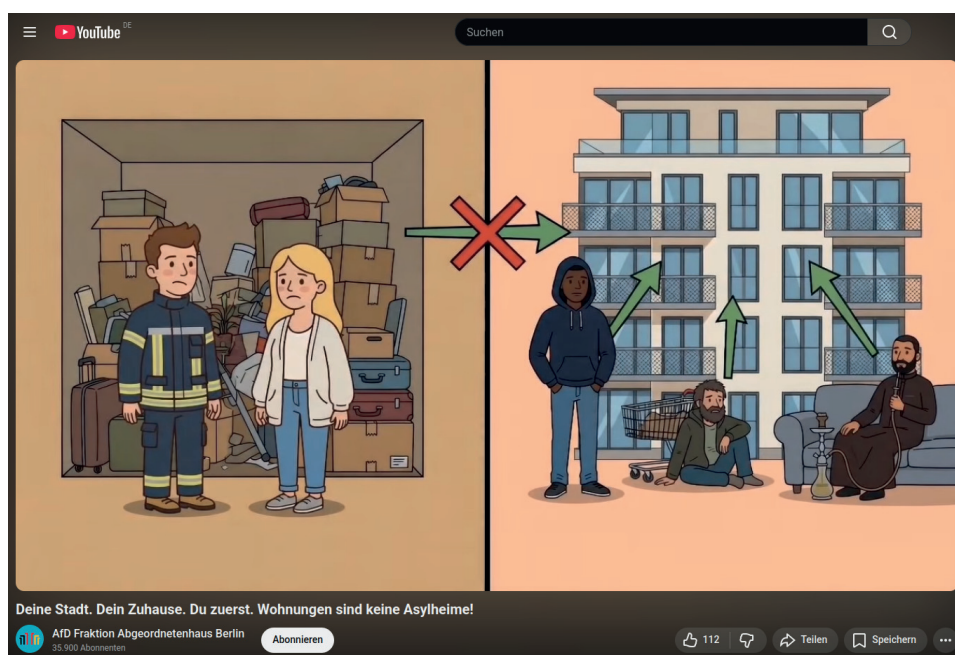
Das ist jedoch folgerichtig bei einer Partei, deren Mitglieder immer wieder durch menschenverachtende Inhalte in internen Chatgruppen auffallen.

Verfassungskonforme Remigration?

Forderungen nach mehr Abschiebungen gehören zum festen Bestandteil extrem rechter und inzwischen auch konservativer und sozialdemokratischer Politik. Im Berliner Wahlprogramm konzentriert sich die AfD auf Afghanistan und Syrien als Hauptzielländer. Und das obwohl man an anderer Stelle wiederholt auf die Gefahren des Islamismus hinweist. Zur Erinnerung: In Afghanistan regieren die Taliban. Der syrische Interimspräsident Ahmed al-Scharaa kämpfte früher für al-Qaida und die al-Nusra-Front und nimmt es auch heute mit dem Schutz von Minderheiten nicht so genau. Dass nicht nur deutsche Staatsbürger

berechtigte Angst vor Islamisten haben und Menschen deshalb um die halbe Welt fliehen, spielt für die Berliner AfD offenkundig keine Rolle.

Die Partei will einen vollständigen »Aufnahmestopp für Asylbewerber« – eine Entscheidung, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Landespolitik fällt. Die AfD dürfte das wissen. Das Landesamt für Einwanderung soll zum »Landesamt für Einwanderung, Asyl und Remigration, mit klarer Priorität auf Rückführungen« umgeformt werden. Völlig selbstverständlich wird hier extrem rechtes Vokabular genutzt. Auf Nachfrage einer Journalistin zur Verwendung des Begriffs während der Pressekonferenz zur Vorstellung des Wahlprogramms beteuerte Alexander Bertram (MdB), man definiere Remigration völlig rechtsstaatlich und beziehe sie selbstverständlich nur auf Personen ohne Aufenthaltsrecht. Das entspricht dem kleinen Einmaleins populistischer Kommunikation: Während auf der einen Seite die eigene Klientel durch Verwendung möglichst radikaler Sprache zufrieden gestellt wird, inszeniert sich die AfD auf der anderen Seite als gemäßigte demokratische Partei.



Statt mehr bezahlbaren Wohnungen für alle: Feindbildkonstruktionen à la AfD; Screenshot Video AfD-Fraktion

bezahlbarer Wohnraum) werden im Wahlprogramm gezielt gegeneinander ausgespielt und marginalisierte Gruppen müssen wieder einmal als Sündenböcke herhalten. Das dazugehörige Video passt in die zynische Kommunikation der Partei. Obwohl die AfD sonst kein Fan öffentlich-rechtlicher Formate ist, sollen Aufmachung und Erzählstimme an die »Sendung mit der Maus« erinnern.

Trotz gefordertem Geldregen: AfD könnte sich bei Polizei unbeliebt machen

Im Bereich »Innere Sicherheit, Justiz, Datenschutz« fordert die Partei zunächst Erwartbares. Mehr Geld und Personal für die Behörden, eine bessere technische Ausstattung, mehr Videoüberwachung sowie anlasslose Polizeikontrollen in »Problemvierteln«. Bei deutschen Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund soll dieser in der Kriminalstatistik erfasst werden. Auch das dürfte rechtlich nicht zulässig sein. Seit langem versucht die AfD, sich durch

Auch mit Blick auf obdachlose Menschen in der Stadt sind für die AfD Abschiebungen das Mittel der Wahl. Sofern es sich um Angehörige von EU-Mitgliedsstaaten handelt, genießen deren Bürger*innen jedoch das Recht auf Freizügigkeit, können also ihren Aufenthaltsort innerhalb der EU frei wählen. Entsprechende Regelungen werden zudem auf EU- und nicht auf Landesebene verabschiedet.

Zielgruppe Handwerk

Äußerst auffällig versucht die AfD, das Handwerk als Zielgruppe für sich zu gewinnen. Durch die erwähnte Privilegierung bei der Wohnungsvergabe, die »Einführung« einer Meistergründungsprämie oder die Förderung von Betriebsübernahmen adressiert man diese Berufsgruppe gezielt. Die letztgenannten Maßnahmen existieren allerdings bereits und das ganz ohne Zutun der AfD. So können Meister*innen in Berlin eine Förderung von bis zu 25.000 Euro erhalten. Übernahmen von Firmen werden über Beratungsangebote sowie die Prozessbegleitung gefördert. Portale unterstützen dabei, Interessent*innen und Firmen zusammenzubringen. Dass ein Grund für den Fachkräftemangel darin liegen dürfte, dass viele Gewerke sich weiterhin schwer damit tun, weibliche Auszubildende für sich zu überzeugen, erwähnt die Partei nicht. Sonst müsste man auf eine geschlechtsspezifische Förderung setzen.

Antifeminismus, Transfeindlichkeit und die Mär von der »Frühsexualisierung«

Gleichstellungspolitiken wie etwa Quoten bei Stellenbesetzungen lehnt die AfD als »leistungsfeindlich« ab. In puncto Geschlecht fehlt auch die übliche Transfeindlichkeit im Wahlprogramm nicht: So dürfe die »Realität der Zweigeschlechtlichkeit [...] nicht auf dem Altar der Transideologie geopfert« werden. Indem Trans*Rechte polemisch und kontrafaktisch zur Ideologie erklärt werden und dieser zusätzlich eine religiöse Dimension unterstellt wird, beweist die Berliner AfD einmal mehr, dass sie mitnichten eine gemäßigte demokratische Partei ist. Ihre Politik geht zu Lasten von Minderheiten.

Die Handschrift christlich-fundamentalistischer Lebensschützer*innen zeigt sich ebenfalls in den Forderungen der Berliner AfD. Sie verpflichtet sich dem »Schutz des ungeborenen Lebens«, fordert eine »Willkommenskultur für Kinder« und will »gangbare Alternativen zur Abtreibung« aufzeigen. In Schulen und Kitas wird eine angebliche »Frühsexualisierung« beklagt. Durch sexualpädagogische Angebote werde »die natürliche Schamgrenze der Kinder verletzt«. Dies wiederum »erleichtert [...] sexuelle Übergriffe«, so die AfD. Vielmehr dürfte das Gegenteil der Fall sein. So sollen entsprechende Angebote Kindern und Jugendlichen vermitteln, eigene Grenzen zu erkennen sowie Widerspruch und Abgrenzung zu formulieren. Ein offener Umgang und die Vermittlung des Rechts auf freie sexuelle Entfaltung helfen dabei, dieses Recht selbstbestimmt einzufordern.

Wer cancelt hier eigentlich wen?

Es gibt nicht viele Akteur*innen, denen die Berliner AfD in ihrem Programm namentlich den Kampf ansagt. In einer inzwischen gestrichenen Passage aus dem Leitantrag des Landesvorstandes wurden die unabhängigen Jugendeinrichtungen Potse, Drugstore, Bunte Kuh und JUP erwähnt. Diese seien »von Linksradiakalen okkupiert« und bräuchten einen »konzeptionellen Neuanfang«. Auf dem Parteitag Ende Mai entschied sich die Partei anstatt der konkreten Nennung für eine allgemeinere Formulierung. Gleichwohl zeigt sich, dass die Einrichtungen vielen in der AfD ein Dorn im Auge sind. Eine solidarische Unterstützung von Freiräumen und speziellen Angeboten für Jugendliche durch die Zivilgesellschaft wäre daher wünschenswert.

Auch den Berliner Registern zur Erfassung diskriminierender Vorfälle und extrem rechter Aktivitäten sowie Förderprogrammen »für linksextremistische Organisationen sowie für als NGOs getarnte linke Vorfeldorganisationen« soll die Finanzierung entzogen werden, um »die staatliche Neutralität wiederherzustellen«. Gemeint dürfte damit u.a. das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sein, über das auch das apabiz gefördert wird. Wiedereinmal wird deutlich: Wer sich gegen die extrem rechte Politik der AfD wendet, läuft Gefahr die Förderung entzogen zu bekommen. An anderer Stelle beklagt man »verengte Meinungskorridore« und eine »Cancel Culture«. Doch wer will hier eigentlich wen canceln?

Feindbilder und Scheinlösungen

Geflüchtete, Migrant*innen, Obdachlose, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, unabhängige Jugendclubs sowie alle Kritiker*innen extrem rechter Umtriebe gehören zu den Feindbildern der Berliner AfD. Über Verbote, Förderentzug und Abschiebungen möchte die Partei politisch wirken. Reale Probleme in Verwaltung und Infrastruktur sollen mit Geld gelöst, gleichzeitig aber die »Schuldenbremse reaktiviert« werden. Der Luxus einer Oppositionspartei, zumal einer derart populistisch auftretenden ist: Es muss nicht benannt werden, woher das Geld dafür kommt. Auch woher dringend benötigtes Personal, z.B. für die BVG kommen soll, wenn man arbeitswillige Geflüchtete reihenweise abschiebt und den Zuzug von Migrant*innen erschwert, bleibt fraglich. Die dringenden Berliner Probleme, Wohnungsknappheit und steigende Mieten, sollen durch eine höchstwahrscheinlich rechtswidrige Klientelpolitik gelöst werden.

Das Wahlprogramm der AfD enthält viele Scheinlösungen. Die Partei verfolgt eine Vision von Berlin, die weniger offen, weniger solidarisch, weniger international, kulturell ärmer und eindeutig rückwärtsgewandt ist. Aspekte, die Berlin für viele erst attraktiv gemacht hat und für die die Stadt weltweit bekannt ist. •

¹ Das bereits Ende Mai verabschiedete Wahlprogramm lag Ende Juni bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Der Text bezieht sich auf den Leitantrag des Vorstands der Berliner AfD vom 30.05.2026. In den wesentlichen Punkten wurde er angenommen.





Die Renaissance der Quelle

Lange Zeit fristete die zeitgenössische Quelle in Darstellungen, Berichterstattungen und Analysen zur extremen Rechten eher ein Schattendasein. Ein Blick auf aktuelle Veröffentlichungen zeigt, dass sich dies zumindest punktuell zu ändern scheint.

Von Vera Henßler

Mittlerweile vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über die extreme Rechte berichtet wird. Nur selten werden hierfür gedruckte Quellen herangezogen. Dabei ermöglicht die Analyse extrem rechter Quellen vielerlei, etwa Rückschlüsse auf ideologische Bezüge, historische Anleihen oder personelle Netzwerke. Richtig kontextualisiert geben sie nicht nur Auskunft über politische Ziele und Strategien, Kontinuitäten und Brüche, sondern auch über das Verhältnis zu Staat und Gesellschaft. Die aktorszentrierte Rechtsextremismusforschung, die mittels empirischer Quellenanalysen auf die konkreten Akteur*innen und ihre Handlungen schaut, so Gideon Botsch, war in Deutschland lange marginalisiert, es dominierten extremismustheoretische und soziologische Ansätze.¹ Über 40 Jahre

nach Erscheinen des Standardwerks »Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik« von Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke, in dem eine Vielzahl gedruckter Dokumente zu finden ist, wurden zuletzt gleich drei Projekte veröffentlicht, die sich mehr oder weniger dezidiert mit Quellen der extremen Rechten befassen.

Die historische Rechtsextremismusforschung hat in den vergangenen Jahren starken Auftrieb erfahren, zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten sind erschienen. Im Zuge dessen veröffentlichten das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien nun eine kommentierte Online-Quellensammlung zur »radikalen Rechten in Deutschland von 1945 bis 2000«. In fünf ver-

schiedenen Themenbereichen (Gewalt, Ideologie und Publikationen, Organisation, Staat und Gesellschaft sowie Subkultur) werden derzeit 32 Quellen aus fünf Jahrzehnten dargestellt.³ Dabei verzichtet die Sammlung auf einführende Texte, die einzelne Jahrzehnte charakterisieren oder die Relevanz der gewählten Themenfelder in einen Gesamtzusammenhang einordnen. Lediglich im Titel der kommentierten Quellen werden Themen angerissen, etwa Erinnerungsabwehr (»Die ›Holocaust international‹-Ausgabe der MUT aus dem Januar 1979«) oder Antisemitismus (»Hans-Dietrich Sanders Buch ›Die Auflösung aller Dinge«). Während es sich bei einigen Quellen tatsächlich um breiter rezipierte Schlüsseltexte handelt, stehen andere eher exemplarisch für zentrale Ideologien und Aktivitäten. So nimmt der

Kommentar zum »Informationsheft der Wiking-Jugend zum 14. Pfingsttreffen nationaler Jugend« die Quelle zum Ausgangspunkt, um das langjährige System der paramilitärischen und völkisch-nationalistischen Indoktrination von Kindern und Jugendlichen innerhalb der Neonaziorganisation darzustellen. Ein weiterer Kommentar analysiert anhand eines 1969 erschienenen Artikels von Gerhard Frey in dessen auflagenstarker Deutschen Nationalzeitung (DNZ) die rechte Agitation zum Thema Grundrechte und Meinungsfreiheit und damit ein bis heute wirksames Narrativ. Frey reagierte damals auf einen letztlich erfolglosen Antrag der Bundesregierung auf Grundrechtsverwirkung nach Artikel 18 GG gegen ihn als Herausgeber der DNZ. Den Kommentaren gelingt es so, von der konkreten Quelle ausgehend allgemeine Darstellungen vorzunehmen und Schlüsse zu ziehen, ohne den zeithistorischen Kontext der jeweiligen Quelle aus dem Blick zu verlieren.

Wer sich für die Lektüre etwas Zeit nimmt, erfährt einiges über die verschiedenen Milieus, ihre zentralen Akteure sowie die Interaktion mit der meist bundesdeutschen Gesellschaft. Über ein Register lassen sich die Artikel nach Publikationen, Personen, Organisationen und Schlagwörtern durchsuchen. Obgleich sich die Sammlung an ein breit gefächertes Publikum richten soll, dürfte sie vor allem für Menschen mit fundierten Vorkenntnissen interessant sein, da eine übergeordnete Rahmung außerhalb der jeweiligen Quellentexte fehlt.

Hier kann womöglich eine weitere Veröffentlichung helfen: Nahezu zeitgleich erschien der umfassende Band »Deutschlands radikale Rechte 1945-2025« der Bundeszentrale für politische Bildung, der preiswert zu erwerben ist und im Gegensatz zum eingangs vorgestellten Online-Projekt auch die unmittelbare Gegenwart beleuchtet.³ Zwar stellt das Buch keine Quellensammlung dar, sondern nimmt über chronologisch angeordnete Aufsätze eine Periodisierung der Geschichte der extremen Rechten vor. Über Faksimiles sind jedoch einzelne Dokumente abgebildet. Da diese nicht Ausgangspunkt der Erläuterungen, son-

dern vielmehr Ergänzungen sind, wurde hier wie so oft vor allem auf Fotos zurückgegriffen. Die Beiträge skizzieren die Entwicklungsphasen in der BRD (Nachkriegsjahre, Aufstieg der NPD, Zersplitterung und Radikalisierung sowie schließlich Selbstwirksamkeit und Etablierung), zwei weitere Aufsätze widmen sich der DDR, die in bisherigen Darstellungen meist weitestgehend fehlte.

Nach jahrelangem Vorlauf wurde außerdem das »Themenportal Rechte Gewalt« auf dem Archivportal D veröffentlicht.⁴ Einst von der Ampelregierung als »Archiv zum Rechtsterrorismus« vorgesehen, bietet die Plattform des Bundesarchivs einen schlaglichtartigen Überblick über mehr als 200 Fälle zumeist tödlicher rechter Gewalt, basierend auf veröffentlichten Recherchen. Weitergehende Texte dokumentieren ausführlich sieben Fälle, darunter zwei Morde des NSU, und weisen vorhandene Quellenbestände in Form von Metadaten in verschiedenen Archiven nach. Das Portal ist das erste Projekt, das im Rahmen der staatlichen Aufarbeitung der Versäumnisse rund um die Ermittlungen im NSU-Komplex umgesetzt wurde. Parallel hat die Bundeszentrale für politische Bildung eine Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines Erinnerungsortes publiziert und das Bundeskabinett Ende 2024 einen Gesetzesentwurf zur Errichtung einer Stiftung »Gedenken und Dokumentation NSU-Komplex« verabschiedet.

Richtet man den Blick auf die perspektivische Verfügbarkeit staatlicher Quellen und die Frage, wie das öffentliche Aufarbeitungsinteresse gegenüber den Geheimschutzinteressen der Nachrichtendienste legislativ gestärkt werden könnte, sieht es allerdings weiterhin mau aus. Auch nach vielen Jahren der Debatte scheint es bisher nur in Thüringen verbindliche Schritte in diese Richtung zu geben, indem eine Übernahme der Akten des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum NSU-Komplex durch das Landesarchiv auf den Weg gebracht wurde. Eine Demokratisierung der Abgabemechanismen geheimdienstlicher Quellen an die staatlichen Archive — etwa durch klarer gefasste Ausnahmeregelungen oder eine Stärkung archivischer Befugnisse

gegenüber den abgebenden Behörden — ist weiterhin nicht erkennbar. Insofern bleibt die Renaissance der Quelle wohl begrenzt und die Überlieferung lückenhaft. •

1. Vgl. Botsch, Gideon: Rechtsextremismus als politische Praxis. Umrisse akteurszentrierter Rechtsextremismusforschung, in: Christoph Kopke, Wolfgang Kühnel (Hrsg.): Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke, Berlin 2017, S. 131-146. **2.** Darunter befinden sich auch einige Quellen aus dem Bestand des apabiz. **3** Vgl. dazu auch S. 8. **4** Vgl. dazu auch den Text »Zur staatlichen Historisierung rechter Gewalt« vom Dezember 2023, in: monitor # 96.

🔗 Die radikale Rechte in Deutschland 1945-2000. Eine kommentierte Online-Quellensammlung.

radikale-rechte.de

📖 Martin Langebach (Hrsg.): Deutschlands radikale Rechte 1945-2025, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2026.

🔗 Themenportal Rechte Gewalt: archivportal-d.de/themenportale/rechte-gewalt



Kein Schrei nach Liebe

Von Kilian Behrens

Staatsfeinde Rechte Subkulturen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren

Stefan Wellgraf: *Staatsfeinde. Rechte Subkulturen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren*, Ch. Links, Berlin 2026, 28 Euro.

Stefan Wellgraf, der als Soziologe an der Berliner Humboldt Universität arbeitet, widerspricht in seiner aktuellen Veröffentlichung Deutungen, wonach rechte Tendenzen in Ostdeutschland eine Folge der verinnerlichten autoritären DDR-Erziehung seien. Rechte Skinheads und Hooligans seien vielmehr aufgrund ihrer antiautoritären Haltung mit dem Staat in Konflikt geraten. Kern seiner Forschung sind die Fans des Ost-Berliner Fußballclubs Dynamo (BFC), an denen er exemplarisch die Entwicklung rechter Subkulturen in Ostdeutschland nachvollzieht. Wer auf eine überblicksartige Darstellung verschiedener Szenen gehofft hat, wird jedoch schnell enttäuscht. Hier verspricht der Titel des Buches mehr, als es einlöst.

Der BFC war DDR-Rekordmeister und Stasi-Club. Ab den 80er Jahren fanden sich auf den Stadionrängen vermehrt rechte Skinheads und Hooligans. Diese kamen, wie

Wellgraf darstellt, sowohl aus Familien mit politischer Nähe zum Staatsapparat, als auch aus dem proletarisch geprägten Milieu im Prenzlauer Berg. In den 90ern ging es sportlich für den Verein in die Bedeutungslosigkeit. Gleichzeitig galten die prügeln-den Anhänger in der Szene als »der härteste Mob in Deutschland«. Anhand von Interviews, Stasi-Akten und Archivmaterial zeichnet Wellgraf die Geschichte nach.

Der Autor, bisher kaum mit Veröffentlichungen zur extremen Rechten in Erscheinung getreten, legt sich mit einem nicht geringen Teil der Forschung an. Zu sehr sei diese durch die Perspektive westdeutscher Forscher*innen geprägt, inkl. unzulässiger Analogien zwischen Nationalsozialismus und DDR oder einer pathologisierenden Lesart, die rechte Phänomene als Reaktion auf psychische Störungen begreift. Ein Teil der Forschenden ist ihm zu nah an Deutungen des Verfassungsschutzes, andere labelt er mir nichts dir nichts als »linksalternativ«. Antifaschistischen Archiven attestiert er, neben der auch von ihm anerkannten Bedeutung für die zeithistorische Forschung, eine »ausgeprägte Sammelwut«.¹ Dabei sollte nicht unerwähnt bleiben, dass der Autor für das vorliegende Buch von dieser profitierte. Neben dem Archiv der Jugendkulturen recherchierte Wellgraf auch im apabiz.

Man muss nicht alles teilen was der Autor schreibt. Spannend ist dessen Kritik an Argumentationsmustern, wonach rechte Gewalt in Ostdeutschland in den 90ern die Folge einer autoritären staatlichen Erziehung oder ein »Schrei nach Liebe« aufgrund unterdrückter Gefühle gewesen seien, aber durchaus. Die vorgestellten Protagonisten passen schlicht nicht in entsprechende Schablonen. Anstatt als vermeintlichen Konformismus beschreibt Wellgraf den ost-deutschen Umgang mit Autoritäten als eigensinnig und betont im Fall der Skinheads und Hooligans deren antiautoritären

Charakter im Hinblick auf den Staat. Sehr plastisch beschreibt er den DDR-Repressionsapparat inkl. der berüchtigten Jugendwerkhöfe. Drangsalierung und Folter dürften vorhandene rechte Tendenzen bei ansonsten eher subkulturell orientierten Skins und Hools verfestigt haben.

Eine einfache Antwort auf die Frage des Ursprungs rechter Gewalt in Ostdeutschland liefert das Buch nicht. Auf Rassismus als Handlungsmotiv wird kaum eingegangen, aktuelle extrem rechte Entwicklungen bleiben außen vor. Es stellt sich die Frage, inwiefern sich die Erkenntnisse verallgemeinern lassen. Ob sich die Wahlerfolge der AfD beispielsweise in Thüringen mit biografischer Forschung zu einem verhältnismäßig kleinen und stark subkulturell geprägten Ostberliner Fußballverein erklären lassen, ist fraglich.

Gelegentlich entsteht beim Lesen der unangenehme Eindruck einer Faszination des Autors für seine »Forschungsobjekte«, etwa wenn er bezüglich eines bierseligen Kneipenabends mit Alt-Hools von einer »gewisse[n] Aura« und einer »nicht ungemütliche[n] proletarische[n] Berliner Bodenständigkeit« schreibt. Obgleich Wellgraf rechte Gewalt nicht verharmlost, wird sie auch nicht wirklich greifbar. Opferperspektiven finden sich kaum wieder. Interessant wäre zudem die Herstellung von Bezügen zu nicht-rechten Subkulturen in der DDR gewesen. Denn nicht jede*r hob zwangsläufig den Arm zum Hitlergruß, um die eigene Ablehnung des Realsozialismus auszudrücken.

Wer gängige Argumentationsmuster zur extremen Rechten in Ostdeutschland hinterfragen will, für den ist dieses Buch empfehlenswert. Ein gewisses Faible für Fußball und Subkulturen sollte aber vorhanden sein.

¹ Wellgraf, Stefan: *Luftgebäude und Sammelwut. Konzeptionelle Probleme der Forschung zu rechten Bewegungen*, in: Stefan Wellgraf/Christine Hentschel (Hrsg.): *Rechtspopulismen der Gegenwart*, Leipzig 2023, S. 37–56.

Europäischer Remigrationsgipfel in Portugal

International • Im portugiesischen Figueira da Foz kamen Ende Mai bis zu 600 Teilnehmende aus Europa und den USA zum zweiten Remigrationsgipfel (RESUM26) zusammen. Zu den Redner*innen gehörten Politiker*innen und rechte Aktivist*innen aus verschiedenen europäischen Ländern, darunter Martin Sellner (Österreich), Eva Vlaardingerbroek (Niederlande), Lidewij de Vos (Niederlande), Milan Mazurek (Slowakei) und Afonso Gonçalves (Portugal). Auch mehrere Parteipolitiker der AfD nahmen teil; neben Lena Kotré (MdL Brandenburg), die ebenfalls als Rednerin auftrat, war mit Kay Gottschalk auch der stellvertretende Bundessprecher anwesend. Von Björn Höcke wurde eine Videobotschaft abgespielt. Aus den USA sprach der ehemalige Chef der US-Grenzschutzbehörde, Gregory Bovino, der laut Medienberichten Unterstützung im Kampf gegen illegale Migration angeboten haben soll. Die Tagung wurde maßgeblich durch das Umfeld der Identitären Bewegung organisiert; so war neben Martin Sellner auch Maximilian Märkl vor Ort. Im Zusammenhang mit der Tagung wurden Sellners neu gegründetes »Institut für Remigration« sowie der gemeinsam mit Eva Vlaardingerbroek initiierte »Save Europe Act« vorgestellt. Erklärtes Ziel dieser Kampagne ist es, mithilfe des direktdemokratischen Instruments einer europäischen Bürgerinitiative die Migration nach Europa zu stoppen.

Identitäre Bewegung als Partei

Bundesweit • Die Identitäre Bewegung hat sich als Partei registrieren lassen. Die Bundeswahlleiterin führt sie seit März 2026 unter der Bezeichnung »Identitäre Bewegung Deutschland« (IBD) mit Sitz in Salzkotten. Zum Bundesvorstand gehören Maximilian Märkl als Vorsitzender sowie Vincenzo Richter als sein Stellvertreter. Die Funktion des Schatzmeisters übernimmt der langjährige IB-Aktivist Torsten Görke. Während Richter bereits seit 2024 als Vorsitzender des im Kreis Paderborn (Salzkotten) ansässigen Vereins auftritt, fungiert Märkl – der erst kürzlich aus der AfD ausgetreten ist – als Bundessprecher der IB. Es spricht einiges dafür, dass die Parteigründung taktisch

motiviert ist, um ein mögliches Verbot durch staatliche Behörden zu erschweren. Der Parteienstatus verpflichtet allerdings zur regelmäßigen Teilnahme an Wahlen – ein Schritt, der bei einer Organisation, die sich bislang primär als »Bewegung« versteht, eher unwahrscheinlich ist.

Die Heimat ohne Heimat

Berlin • Die Partei Die Heimat plant die Aufgabe ihrer Bundeszentrale in der Seelenbinderstraße 42 in Berlin-Köpenick. Wie die taz am 6. Mai 2026 berichtete, wurde die Immobilie kurzzeitig auf ImmoScout für 1,5 Millionen Euro zum Verkauf angeboten. Der Parteivorsitzende Peter Schreiber bestätigte die Pläne, Berlin zu verlassen. Seit 2000 diente das Gebäude als Bundessitz der damaligen NPD und entwickelte sich zu einem bundesweit bedeutenden Treffpunkt der Neonaziszene mit Schulungen, Konzerten und weiteren Veranstaltungen. Zudem fungierte es als Ausgangspunkt für Neonaziaktivitäten im Kiez und darüber hinaus. Der mögliche Verkauf erfolgt vor dem Hintergrund des langjährigen politischen Niedergangs der Partei, finanzieller Probleme und des Entzugs der staatlichen Parteienfinanzierung. Er würde einen erheblichen Strukturverlust für die extreme Rechte in Berlin bedeuten. Es bleibt aber nicht ausgeschlossen, dass die Partei mit den Verkaufserlösen einen Neuanfang an einem anderen Standort – möglicherweise in Brandenburg – vorbereitet.

40 Jahre Junge Freiheit

Berlin • Die neurechte Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) wurde im Juni 1986 zunächst als Jugendzeitschrift einer Abspaltung der Republikaner gegründet. Maßgeblich beteiligt war schon damals der heutige Chefredakteur Dieter Stein.

Heute ist die JF nicht nur ein relevantes Periodikum der Neuen Rechten, sondern gilt auch als ein inoffizielles Organ der AfD. Nach der Orientierung auf erfolglose Parteigründungen von rechts wie dem Bund freier Bürger rückte die JF die AfD in den Fokus und prägt deren Themenagenda teils bis in die Partei hinein – unter anderem durch umfangreiche Interviews. Mit dem erklärten Ziel, die JF als rechte Wochenzeitung fest am Markt zu etablieren, grenzt Stein das Selbstverständnis von Konservatismus bewusst von der Neuen Rechten ab.

In den vergangenen Jahren konnte die Zeitung dabei einen positiven Aufwärtstrend parallel zur Entwicklung der AfD verzeichnen. Inhaltlich und organisatorisch ist die JF eng mit weiteren Projekten verknüpft, die ebenfalls als Teil des Vorfelds der AfD angesehen werden können. Dazu zählen, die Zeitschrift Cato, die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung oder die Bibliothek des Konservatismus.

Neuerscheinung:

Extrem rechte Perspektiven auf Künstliche Intelligenz

Die Veröffentlichung von ChatGPT hat Ende 2022 einen Hype um Künstliche Intelligenz (KI) ausgelöst. Unsere 15. magazine-Ausgabe widmet sich dem gesellschaftlichen Diskurs über die Chancen und Risiken von KI sowie den Perspektiven der extrem rechten Medienlandschaft.



Kollektiv IfS dichtmachen! (Hrsg.): Faschismus im intellektuellen Gewand. Das rechte Institut für Staatspolitik, Unrast, Münster 2026.

Basierend auf Tagungsergebnissen aus dem Jahr 2022 und der jahrelangen Kampagnenarbeit präsentiert der Sammelband theoretische Analysen und praxisnahe Erfahrungsberichte. Einleitend werden die Selbstauflösung des neurechten Instituts für Staatspolitik (IfS) Anfang 2024, dessen Umwandlung in zwei Unternehmen sowie seine ideologische und strukturelle Fortsetzung erläutert. Theoretisch beleuchtet wird das Wirken des IfS in den Themenbereichen Bildung und Ökologie. Außerdem arbeitet der Band den lokalen Umgang mit der rechten Denkfabrik und ihrem Umfeld auf und vermittelt Einblicke in den Gegenprotest. Ein weiterer Fokus des Buches liegt auf den Strategien gegen rechte Immobilien aus Sicht der Landes- und Kommunalpolitik und zeigt Wege gegen die rechte Landnahme, aber auch Grenzen von Protest im ländlichen Raum auf. Obwohl der kurze Band somit einen Blick in die jüngste Vergangenheit wirft, lassen sich die Erkenntnisse der langfristigen Arbeit auf andere Projekte der extremen Rechten und den künftigen Umgang mit diesen übertragen. (mp)

Matheus Hagedorn: Feinde machen. Islambilder der deutschen Neuen Rechten 1970-2005, Campus, Frankfurt/New York 2026.

Im Mittelpunkt der Dissertation steht das ambivalente Verhältnis der Neuen Rechten zum Islam, das von strikter Ablehnung bis hin zur Projektionsfläche des eigenen Antiliberalismus reicht. Zur Analyse wurde die (damals) wichtige Theoriezeitschrift Criticon herangezogen und anhand der verschiedenen Phasen ihres jahrzehntelangen Erscheinens unterschiedliche Akzentuierungen zum Thema untersucht. Diese anti- aber auch philomuslimischen Positionierungen der Autor*innen finden teilweise ihre Fortführung in der aktuellen Neuen Rechten, wie Diskussionen in der Jungen Freiheit oder der Sezession zeigen. Für die Recherche konnte der Autor auch auf Bestände des apabiz zugreifen. (ps)

Martin Langebach (Hrsg.): Deutschlands radikale Rechte 1945 bis 2025, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2026.

Der Sammelband bietet einen fundierten Überblick über die Geschichte der extremen Rechten seit 1945. In zahlreichen Beiträgen widmen sich die Autor*innen unterschiedlichen Entwicklungen in der BRD, der DDR sowie im wiedervereinigten Deutschland bis 2025. Neben der historischen Perspektive wird die Heterogenität des rechten Spektrums sichtbar: Behandelt werden sowohl Rechtsterrorismus als auch Parteien; rechtskonservative Milieus und neonazistischen Gruppen. Dieser breite Ansatz zeigt, wie eng verschiedene Akteur*innen und Ideologien miteinander verwoben sind. Ergänzt werden die Artikel durch Flyer, Plakate sowie Fotografien von Veranstaltungen und Aktionen. Ein Kapitel widmet sich den Opfern rechter Gewalt und der Frage, weshalb bis heute keine einheitliche und vollständige Statistik der Todesopfer existiert. Das apabiz konnte verschiedene Primärquellen für den Band beisteuern. (df)

Niklas Krawinkel: Rechter »Rand« und demokratische »Mitte«. Radikalisierung und Legitimation extrem rechter Politik nach 1945, Wallstein, Göttingen 2025.

Der Historiker Niklas Krawinkel liefert in seinem Buch einen wichtigen Beitrag zur Analyse der postnationalsozialistischen extremen Rechten in der Bonner Republik. Anhand präziser Fallstudien – von Hans-Ulrich Rudel über die Wiking-Jugend bis zur NPD – zeigt er eindrucksvoll, dass die extreme Rechte nie isoliert agierte, sondern dass vielmehr für eine Geschichtsschreibung der extremen Rechten stets deren Verhältnis zum gesellschaftlichen Mainstream ins Zentrum gerückt werden muss. Daher interessiert ihn nicht nur das Agieren der extremen Rechten, sondern zugleich der gesellschaftliche Umgang damit. Die methodische Stärke der Studie basiert insbesondere auf akribischer Quellenarbeit, unter anderem mit Archivmaterial aus dem apabiz. (dv)

Unterstützt das apabiz!



Antifaschistische Arbeit kostet Geld. Wer das apabiz finanziell unterstützen will, spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 8 Euro). Dafür bekommt ihr unseren Rundbrief *monitor*, unsere Reihe *magazine* und ab und an weitere Broschüren kostenlos zugeschickt. Wenn ihr uns besucht, bekommt ihr einen  und könnt euch ein  aus unserer Präsenzbibliothek ausleihen.

monitor - rundbrief des apabiz e.V.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
v.i.s.d.p.: c. schulze
fotos: alle rechte liegen bei den fotograf*innen
iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bank für sozialwirtschaft
 0 30 . 6 11 62 49  mail@apabiz.de  www.apabiz.de